

# Abgeordnete kämpfen für die Uni

Politiker aus der Hansestadt kritisieren Bericht des Kieler Landesrechnungshofes



CDU-Landtagsabgeordneter Frank Sauter: „Lübeck muss als selbstständiger und starker Uni-Standort erhalten bleiben.“

**KIEL/LÜBECK** - Mit Unverständnis und Empörung reagieren Lübecks Landtagsabgeordnete auf den neuesten Vorschlag für das angeschlagene Uniklinikum Schleswig-Holstein (UKSH). In einem Prüfbericht hatte der Landesrechnungshof (LRH) vorgeschlagen, die Medizinischen Fakultäten der Unis in Kiel und Lübeck in das Landeskrankenhaus zu integrieren.

„Das ist kontraproduktiv“, kritisierte SPD-Abgeordneter Wolfgang Baasch. „Es kann nicht im Interesse des Landes sein, die Lübecker Uni in Frage zu stellen und damit auch das UKSH.“ Für die Grünen lehnte Angelika Birk die Pläne des LRH ab: „Der Vorschlag, dass eine Medizinische Fakultät Teil eines Uniklinikums wird und sich damit betriebswirtschaftlichen Maßgaben unterwerfen muss, ist völlig undenkbar.“ CDU-Kollege Frank Sauter betonte, es sei politi-

sches Ziel, Lübeck als selbstständigen und starken Uni-Standort zu erhalten. Dies gelte auch für das Wissenschaftsministerium, das eine Teilprivatisierung anstrebt.

Der FDP-Abgeordnete Ekkehard Klug sieht sich bestätigt: „Die UKSH-Fusion ist ein Desaster.“ Klug unterstützt Lübecks Bürgermeister in dem Wunsch, die Klinika zu defusionieren und die Uni zu einer Stiftungsuniversität zu machen. „Dieser Weg weist in die Zukunft und ermöglicht die Stärkung des Universitätsstandorts Lübeck“, meint er.

Irritiert zeigte sich auch der UKSH-Vorstand. So seien im vergangenen Jahr knapp zehn Millionen Euro mehr eingespart worden als ursprünglich vorgesehen. Die umgesetzten Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten seien „effektiv“, teilte das Klinikum mit. jup